

02.04.2017

Inhalt:

Kinderarmut	S. 01	Berufsorientierung für Schüler bezahlen	S. 05
Gesprächskreis gegen Kinderarmut	S. 02	Diskussion um Zukunft der Schulen	S. 06
Jugendherberge schließt 2008	S. 04		

November 2007

Kinderarmut

Das Thema „Kinderarmut“ wurde öffentlich diskutiert. Der SPD-Ortsverein veranstaltete deshalb dazu eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit dem Kinderschutzbund Papenburg.

Kinder sollen im Emsland nicht verarmen

Maßnahmenkatalog angekündigt

lj LENGERICH. Die Kreisverwaltung wird die Lebenssituation und den Bildungsstand von Familien mit Kindern mit Arbeitslosengeld (ALG)-II-Bezug anonymisiert näher untersuchen und auf dieser Basis einen Maßnahmenkatalog gegen Kinderarmut erarbeiten.

Diesen Auftrag erteilte der Ausschuss für Arbeit und Soziales. Der Maßnahmenkatalog soll dem Ausschuss Anfang des neuen Jahres zur Beratung vorgelegt werden. Die SPD-Fraktion hatte einen Bericht über Kinderarmut im Emsland beantragt. Bereits in der Sitzung, die im Maria-Anna-Hospital in Lengerich stattfand, wartete die Verwaltung zu diesem Thema mit einer umfassenden Vorlage auf. Mit Stand vom 13. September 2007 wurden im Landkreis Emsland vom Fachbereich Arbeit 2436 Personen im Alter von unter 25 Jahren betreut. Davon sind 1369 Personen ohne Schulabschluss und 2243 Personen ohne Berufsabschluss. Als arbeitslos wurden 569 Jugendliche erfasst, von denen 247 ohne Schulabschluss und 505 ohne Berufsabschluss sind.

Stellvertretend für die Verwaltung kamen Sozialdezernentin Henni Krabbe und der

Ausschuss überein, dass das Hauptaugenmerk bei der Bekämpfung der Kinderarmut auf die Verbesserung der Lebenssituation sozial schwacher Familien gelegt werden sollte mit dem Ziel, die Chancen im Bereich von Bildung und Ausbildung nachhaltig zu verbessern.

Bildung verbessern

Hans Flüteotte (CDU) geht davon aus, dass die dafür notwendigen Mittel bereits 2008 im Kreishaushalt zur Verfügung gestellt werden. Er verwies darauf, dass auch das Land ein Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut angekündigt habe. Peter Raske (SPD) appellierte an die Verwaltung, die Untersuchung nicht auf Familien zu beschränken, die ALG II beziehen. „Es gibt einen Grenzbereich von Familien, die zwar kein ALG II beziehen, aber trotzdem in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen leben“, meinte der Sozialdemokrat. Nach Angaben von Frau Krabbe wäre es allerdings für die Verwaltung im Gegensatz zu den ALG-II-Empfängern (Betreuung bzw. Förderung vom Landkreis) schwierig, aussagefähige Daten von Familien zu erhalten, die an der Schwelle zum ALG II leben.

Ems-Zeitung 12.11.2007

Für einen Gesprächskreis zur Bekämpfung der Kinderarmut

Nach dem Bericht des Kinderschutzbundes Papenburg beim SPD-Ortsausschuss über Kinderarmut regte SPD-Ratherr Jürgen Broer an, einen Gesprächskreis ins Leben rufen, der sich mit den Auswirkungen der Kinderarmut beschäftigt und Vorschläge für die Bekämpfung in Papenburg erarbeitet.

Möglicherweise könnte durch diese Aufgabe ein Stadtjugendring in Papenburg wieder aktiviert werden. Ein Stadtjugendring war einmal der Zusammenschluss von Verbänden, Vereinen und Einrichtungen, die Hilfen und Förderung von Kindern und Jugendlichen in Papenburg anboten. Er vertrat verbandsübergreifend die Interessen der Jugendarbeit. Vor längerer Zeit löste er sich in Papenburg auf.

Die SPD-Fraktion setzte sich nun dafür ein, dass in Papenburg ein solches Netzwerk wieder entsteht, das neben anderem auch von Armut bedrohte und von Armut betroffene Kinder und Jugendliche unterstützt.

SPD-Ratsherr Peter Raske bezeichnete die vom Kinderschutzbund genannte Zahl von fast 1000 Kindern in Papenburg als erschreckend hoch. Angesichts dieser Zahlen müssten sich alle Gedanken über konkrete Maßnahmen gegen die Kinderarmut machen. Es müssten konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um das Armutsrisiko von Familien mit Kindern durch die Möglichkeit eines existenzsichernden Einkommens zu verringern.

Jürgen Broer begrüßte die Entscheidung der Landesregierung, in Ganztagschulen das Mittagessen zu bezuschussen. Peter Raske wies darauf hin, dass auch die Wohnungsnot für junge Menschen ein drückendes Problem wäre. Das Haus Regenbogen am Vosseberg könnte zum Beispiel nicht mehr allen Wohnungslosen Jugendlichen helfen.

Kinderarmut in der Region

Rund 950 junge Menschen sind in Papenburg auf Hartz IV angewiesen, sagt der Kinderschutzbund.

Von Jürgen Eden

PAPENBURG. Sie gehen im Winter mit Sommerjacke, ohne Strümpfe und nur mit Sandalen in die Schule, können an Klassenfahrten nicht teilnehmen und verbringen die Mittagspause im Freien, weil das Geld für die Schulmensa nicht reicht. In Papenburg sind nach Auskunft des Kinderschutzbundes bis zu 950 Kinder und Jugendliche auf Hartz IV angewiesen.

Erschütternde Einblicke in ihre ehrenamtliche Arbeit gaben am Mittwoch Marlies Uchtmann, die Ehrenvorsitzende Ingeborg Jür-



Ingeborg Jürgensen (hinten von links), Marlies Uchtmann, Thomas Claußen (SPD-Ortsausschuss) und Edeltraud Neeland berichteten von ihrer ehrenamtlichen Arbeit im Kinderschutzbund in Papenburg. Bild: Eden

Edeltraud Neeland vom Kinderschutzbund Papenburg bei einer öffentlichen Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Papenburg. Viele Kinder gingen morgens bereits ohne ein Frühstück aus dem Haus. „Die Kinder bewegen sich in einem Teufelskreis“, sagt Ingeborg Jürgensen. Haben sie nicht genügend Lernmittel, sind sie bereits in der Schule benachteiligt.

Von ihren Mitschülern würden sie ausgegrenzt, weil sie auf alte, gebrauchte Kleidung statt der aktuellen Markenware zurückgreifen müssten. Aufgrund schlechter Schulnoten hätten die Kinder und Jugendlichen später bei der Stellenwahl das Nachsehen. Ähnlich verhalte sich das bei Nachmittagsangeboten wie beispielsweise beim Besuch der Kunst-

oder Musikschule, wofür in einkommensschwachen Familien oft das Geld fehle. „Diese Kinder können nicht ihr volles Potenzial ausschöpfen“, bedauert Jürgensen.

Sie machte aber auch deutlich, dass es nicht immer nur am Einkommen, sondern in einigen Fällen auch an der falschen Prioritätensetzung der Eltern liege. Handy, LCD-Fernseher,

Auto und Spielekonsole seien für manche zur Wahrung des Scheins oft wichtiger als eine zweckmäßige Kleidung oder Lernmittel. „Wir wollen die Situation politisch nicht bewerten. Unser Fokus richtet sich ausschließlich auf das Wohl des Kindes“, so Jürgensen weiter.

SPD-Kreistagsmitglied Peter Raske bemängelte indes, dass der Landkreis

trotz eindringlicher Anfrage keine Zahlen über die Kinderarmut bereitgestellt habe.

Um zu helfen, hat der Kinderschutzbund eine Kleiderbörse eingerichtet, gibt nachmittags Hausaufgabenhilfe und hilft in vielen Einzelfällen. Um die Arbeit finanzieren zu können, ist der Kinderschutzbund auf weitere Mitglieder und Spenden angewiesen.

Gegen Kinderarmut

POLITIK SPD regt Gesprächskreis an

Die Zahl von fast 1000 betroffenen Kindern in Papenburg sei erschreckend, so der Ratschherr Peter Raske. Man müsse sich Gedanken über konkrete Maßnahmen machen.

PAPENBURG - Die SPD in Papenburg regt die Einrichtung eines Gesprächskreises gegen Kinderarmut an.

Der örtliche Kinderschutzbund hatte den SPD-Ortsausschuss über die Kinderarmut in Papenburg informiert. Ratschherr Peter Raske bezeichnete die vom Kinderschutzbund genannte Zahl von fast

1000 betroffenen Kindern und Jugendlichen als „erschreckend hoch“. Angesichts dieser Zahl müsse man sich Gedanken machen über konkrete Maßnahmen.

SPD-Ratschherr Jürgen Broer schlug die Einrichtung eines Gesprächskreises vor, in dem Verbände, Vereine und Einrichtungen sich mit dem Thema beschäftigen und Vorschläge für die Bekämpfung der Kinderarmut in Papenburg erarbeiten könnten. Möglicherweise könne durch diese Aufgabe ein Stadtjugendring in Papenburg wieder aktiviert werden, so Broer. Ein solches Netzwerk könne die Interessen der Kinder und Jugendlichen verbandsübergreifend vertreten.

General Anzeiger 22.11.2007

Kinderarmut bekämpfen

SPD-Politiker aus Papenburg regen die Gründung eines Gesprächskreises an.

PAPENBURG. Nach dem Bericht des Kinderschutzbundes vor dem SPD-Ortsausschuss Papenburg über Kinderarmut in der Stadt regt der SPD-Ratschherr Jürgen Broer an, einen Gesprächskreis zu gründen. Dessen Mitglieder sollten sich regelmäßig treffen und Vorschläge zur Bekämpfung der Kinderarmut in Papenburg erarbeiten.

Möglicherweise könnte auch ein Stadtjugendring initiiert werden. In einem solchen Gremium könnten Verbände, Vereine und Einrichtungen der Jugendhilfe vertreten sein, um Hilfen und Förderangebote für Kinder und Jugendliche zu realisieren.

Die SPD-Fraktion im Stadtrat will sich dafür einsetzen, dass in Papenburg ein solches Netzwerk entsteht.

SPD-Ratschherr Peter Raske bezeichnete die vom Kin-

derschutzbund genannte Zahl von fast 1000 armen Kindern in Papenburg als erschreckend hoch. Angesichts dieser Zahlen müssten sich alle Gedanken über konkrete Maßnahmen

machen, um die Kinderarmut zu bekämpfen. Außerdem wies er darauf hin, dass viele junge Menschen unter akuter Wohnungsnot zu leiden hätten. Das Haus „Regenbogen“ am Vosseberg könne nicht allen wohnungslosen Jugendlichen helfen.

In Papenburg soll es fast 1000 arme Kinder geben

Der Wecker 28.11.2007

Dezember 2007



Trotz steigender Gästezahlen muss die Jugendherberge an der Kirchstraße in Papenburg Ende 2008 schließen.

Bild: Eden

Herberge schließt 2008

Trotz steigender Übernachtungszahlen wird das Haus in Papenburg geschlossen. Die Politiker sind enttäuscht.

Von Jürgen Eden

PAPENBURG. Obwohl die Gästezahlen in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich gestiegen sind, wird die Papenburger Jugendherberge Ende 2008 geschlossen. Das bestätigte auf „Wecker“-Nachfrage Thorsten Richter vom Deutschen Jugendherbergswerk (DJH), Landesverband Unterweser-Ems. „Wir haben seit 2000

Standortanalysen aller Jugendherbergen vorgenommen“, so Richter. Das Ergebnis: 15 der 50 Standorte waren nicht rentabel oder wären es nur nach hohen Investitionen. „Sicher sind Einrichtungen auf Inseln oder in Großstädten“, so Richter. Ein Grund für die Schließungen sei auch die Kürzung von staatlichen Zuschüssen.

Papenburg ist laut Richter vorläufig die letzte Herberge, die schließen muss. Allerdings räumte Richter ein, dass es auch in Ostfriesland Standorte gebe, die vor dem Aus stehen könnten. Auf Einzelheiten

wollte er jedoch vor dem Hintergrund laufender Gespräche nicht eingehen.

Seit über einem Jahr wurde zwischen dem DJH und der Stadt Papenburg verhandelt. Denn: Das über

100 Jahre alte, städtische Gebäude ist dringend sanierungsbedürftig. Besser wäre nach

Ansicht von Experten ein Neubau. Dennoch sind die Übernachtungszahlen seit dem Jahr 2004 mit der Übernahme von Herbergsleiterin Anja Glenewinkel von rund 5300 Übernachtungen auf knapp 9000 hochgeschwollen.

Enttäuschung macht sich

unter den Kommunalpolitikern breit. CDU-Fraktionsvorsitzender Carsten Schüler sagte: „Es ist unredlich, wenn das DJH nur zehn Prozent als Eigenanteil für einen Neubau leisten will und wir den Rest zahlen sollen.“ Als „Katastrophe für Papenburg“, bezeichnete Peter Raske (SPD) die geplante Schließung. Er kritisierte, dass diese ohne akuten Handlungsbedarf komme. „Papenburg braucht eine Jugendherberge und es ist beschämend für Papenburg, wenn diese nun geschlossen wird“, findet auch Nikolaus Schütte zur Wick (Grüne). Seiner Meinung nach hätte nach alternativen Finanzierungslösungen gesucht werden müssen.

„Papenburg braucht eine Jugendherberge“

N. Schütte zur Wick

Stadt soll Mittel für die Berufsorientierung für Schüler bereitstellen

Die Agentur für Arbeit unternahm erhebliche Anstrengungen, um junge Menschen, die die Schule ohne Schulabschluss bzw. ohne die für eine Ausbildung erforderlichen Voraussetzungen verließen, an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt heranzuführen. Sie förderte Schüler allgemein bildender Schulen ab Klasse 7 durch vertiefte Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung. Voraussetzung war, dass sich Dritte mit mindestens 50 Prozent an der Förderung beteiligten.

Ziele vertiefter Berufsorientierung waren Eignungsfeststellungsverfahren für Berufe, Verbesserung des Entscheidungsverhaltens, Vertiefung berufs-/betriebskundlicher Kenntnisse und Erfahrungen. Geeignete Methoden zur Umsetzung waren frühzeitiger Einsatz von Kompetenzfeststellungsverfahren und auf die Ergebnisse der Kompetenzfeststellung ausgerichtete individuelle Förderplanung, sozialpädagogische Begleitung und die Einbindung des Lernortes Betrieb.

Die vertiefte Berufsorientierung sollte erste Praxiserfahrungen, Durchführung von Orientierungsbausteinen, realistische Auswahl von Schulpraktika, wirklichkeitsnahe und passgenaue

Vermittlung in Ausbildung bewirken. Schüler sollen bei der eigenständigen Ausbildungs- und Arbeitssuche und in ihrer Selbstvermarktungskompetenz gefördert werden.

Mit den Möglichkeiten der vertieften Berufsorientierung förderte die Agentur für Arbeit Projekte, bei denen Firmen oder Bildungsträger Schülern die Möglichkeit gaben, an bestimmten Betriebsabläufen unter Anleitung von Ausbildern mitzuwirken. Bei dieser vertieften Berufsorientierung konnte es sich z. B. um Maurerarbeiten, Malerarbeiten, und Tischlerarbeiten für die Schule handeln. Selbst Pflasterarbeiten im Außenbereich gehörten dazu.

Um diese Maßnahmen durchführen zu können, benötigten die Schulen Finanzierungsmöglichkeiten, um 50 Prozent der Kosten zu übernehmen. Die anderen 50 Prozent wurden durch die Agentur für Arbeit getragen. Damit die Schulen diese Maßnahmen tragen konnten, beantragte die SPD-Fraktion, im Schuletat 2008 der Stadt Papenburg Mittel für diese vertiefte Berufsorientierung bereit zu stellen.

440 000 Euro für Schulen

Ausschuss befürwortet Haushaltsvoranschlag

hjh **PAPENBURG.** Einstimmig hat der Kita-, Schul- und Jugendausschuss der Stadt Papenburg den Haushaltsvoranschlag 2008 für die Schulen der Stadt an der Rat weitergereicht.

Den Finanzbedarf der Schulen aus dem Programm „Sicherheit, Substanz, Lernklima“ (SSL) schätzt die Verwaltung auf 304500 Euro. Aus dieser Summe sollen beispielsweise die Dächer der Grundschulen Kirchschule und Mittelkanalschule sowie

zum Teil das Flachdach der Haupt- und Realschule Aschendorf erneuert werden. Vorgesehen ist auch eine Erneuerung der Beleuchtung der Turnhallen der Michaelschule.

Zusätzlich sieht der Haushaltsentwurf 56500 Euro für die bauliche Unterhaltung sowie 79700 Euro für die Ergänzung des Inventars aller Grund-, Haupt- und Realschulen in städtischer Trägerschaft vor. In Summe beläuft sich damit der Haus-

haltsentwurf der Verwaltung für den Vermögens- und Inventarbereich des Schuletats auf 440700 Euro.

Auf Anregung des SPD-Ratschherrn Peter Raske sagte Bürgermeister Jan Peter Bechtluft zu, die Möglichkeiten einer Kofinanzierung von Förderprogrammen zur beruflichen Weiterbildung an Schulen zu prüfen. Allerdings hätte dies Umschichtungen im Haushalt zur Folge. „Wir versuchen Geld einzustellen“, so Bechtluft.

Raske: Hier wird ganz bewusst manipuliert

Diskussion um Zukunft der Schulen – SPD übt scharfe Kritik

hjh **PAPENBURG.** Die drei Vertreter der SPD haben in der Sitzung des Kita-, Jugend- und Schulausschusses des Papenburger Stadtrates zwar gegen die Schließung der Bethlehem-Grundschule gestimmt, doch im Grunde waren sich die Mandatsträger sowie die Eltern- und Lehrervertreter einig, dass der Standort nicht zu halten ist. Der Beschlussempfehlung an den Rat, den Standort zum 1. August 2008 zu schließen, ging dennoch eine intensive Diskussion voraus.

Zunächst stellte Dieter Borsch von der Landesschulbehörde detailliert die Lage an der Obenender Grundschule dar. In seinen Ausführungen wurde klar, dass die An- und Ummeidung von Kindern zur Ganztagschule Michaelschule die neue Situation wesentlich begründet. Als mögliche Maßnahmen, „die sich aus der Sachlage logisch ergeben“, nannte er die Einrichtung kombinierter Klassen, die Änderung der Schulbezirke, die Anbindung der Grundschule als Außenstelle einer benachbarten Schule sowie die Auflösung des Standortes.

Eine Einschätzung zur Attraktivität der einzelnen Lösungsansätze gab Bürgermeister Jan Peter Bechtluft (CDU) ab. Für eine Außenstelle gebe es keine zusätzlichen Lehrer-

stunden, kombinierte Klassen seien pädagogisch nicht sinnvoll und die Änderung der Schulbezirke könne nicht vonstatten gehen, ohne „dass eine andere Schule Schüler verliert und damit selbst in seichtes Fahrwasser gerät“. So weit herrschte im Ausschuss auch Einigkeit. Der stimmte mehrheitlich für die Auflösung. Eventuelle Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen und der Immobilie sollen dem Schuletat zugeschlagen werden.

Eine heftige Diskussion entzündete sich jedoch an zwei Punkten. Zum einen warf SPD-Ratsherr Peter Raske der Verwaltung vor, wichtiges Zahlenwerk zur Lage der Schulen vorzuenthalten. Er schlussfolgerte daraus: „Hier wird ganz bewusst manipuliert, um die Zahl der Standorte zu reduzieren.“ Er unterstellte der Stadt, diese Strategie aus finanziellen Gründen zu verfolgen, „um das Geld anschließend im Hafen versenken zu können“.

„Sie sind eigentlich für ein elegantes Florett bekannt, doch heute haben sie einen stumpfen Hammer herausgeholt“, leitete Stadtkämmerer Gunnar Jungclaus seinen Konter ein. Es seien stets alle notwendigen Zahlen bereitgestellt worden. Die geplanten Investitionen in den Hafen vertei-

digte er indes als notwendig für die Sicherung der Arbeitsplätze der Eltern.

Zweiter Schwerpunkt der Diskussion war ebenfalls nicht das Schicksal der Bethlehemschule an sich, sondern eine von CDG und SPD geforderte Bestandsaufnahme der Schulsituation und ein darauf aufbauendes Konzept für die Zukunft der Schulen. CDG-Ausschussmitglied Dr. Volker Eissing forderte einen Schulentwicklungsplan für die kommenden zehn Jahre und die Gründung eines zusätzlichen Ausschusses, da die Fülle an Inhalten durch ein Gremium allein nicht zu bearbeiten sei. Zur Bethlehemschule stellte er fest: „Die Schülerzahlen sagen, die Grundschule ist nicht mehr zu halten.“

Heiner Butke (CDU) dagegen stuft speziell vor dem Hintergrund der Einrichtung von Ganztagschulen die Entwicklung in der Stadt als einen dynamischen Prozess ein, der ständig beobachtet werden müsse. Dass über die Bethlehemschule beschlossen werden müsse, sei daher kein Versäumnis der Stadt. Für die FDP-Fraktion erklärte Laurens Westers ebenfalls, dass die Ganztagschulen von den Eltern angenommen würden. „Der Bürger sucht sich ein neues Produkt“, so Westers.